

Bahnschranken-Demokratie nach Ustermer Art Seite 20

Erfahrungen und Nöte der Spitäler mit den Fallpauschalen Seite 21

Neue Winterthurer Ruhestätte für muslimische Verstorbene Seite 21

Start in einen vielseitigen Zürcher Kunstherbst Seite 23

## Anhaltender Streit um Monets Mohnblumen

Bührle-Stiftung weist die Forderung nach Einsetzung eines Schiedsgerichts zurück

Im Streit um ein Gemälde aus der Bührle-Sammlung fordern die Nachfahren der Familie Emden die Einsetzung eines Schiedsgerichts. Neu machen sie nicht rechtliche, sondern moralische Gründe geltend.

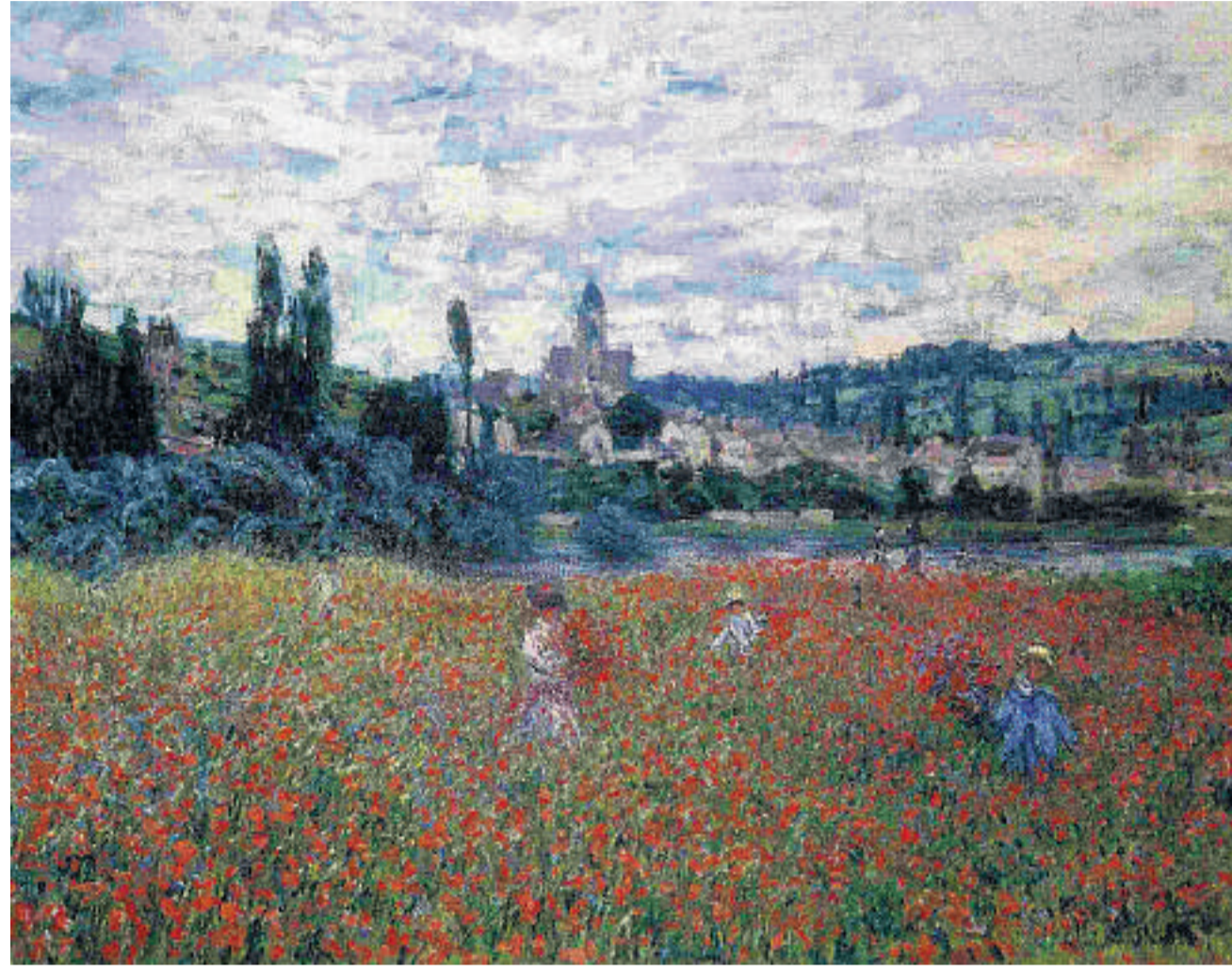
Marcel Gyr

Zwei Wochen nach der öffentlich gemachten Restitutionsforderung für das Gemälde «Mohnblumen bei Vétheuil» des französischen Impressionisten Claude Monet aus der Sammlung Stiftung E. G. Bührle haben die Schweizer Berater der Nachfahren des deutschen «Kaufhauskönigs» und Kunstsammlers Max Emden einen Bericht vorgelegt. Verfasst wurde der Bericht vom Schweizer Historiker Thomas Buomberger und vom deutschen Rechtsanwalt Markus H. Stötzel im Auftrag der Nachfahren von Max beziehungsweise von dessen Sohn Hans Erich Emden.

### «Falsche Behauptung»

Die Verfasser des Berichts bezeichnen den Besitzwechsel des Monet-Gemäldes von Hans Erich Emden, der nach dem Tod seines Vaters 1940 nach Südamerika ausgewandert war, zu Emil Georg Bührle als «Zwangverkauf und NS-Verfolgungsbedingten Vermögensverlust». Im Bericht wird geltend gemacht, der Schweizer Industrielle und Kunstsammler Bührle habe genau gewusst, dass Emden damals unter Verkaufsdruck gestanden habe.

Exakt diesen Vorwurf hatte die Bührle-Stiftung vor zwei Wochen mit neuen Dokumenten aus amerikanischen Archiven widerlegt. Sie zeigen, dass Hans Erich Emden auch in den Kriegsjahren frei über sein Vermögen verfügen konnte und es zu keinen Notverkäufen von Bildern gekommen war. Lukas Gloor, der Direktor der Bührle-Stiftung, hält deshalb auf Anfrage fest, dass es sich beim Vorwurf im Bericht von Buomberger und Stötzel um eine «wider besseres Wissen gemachte, falsche Behauptung» handle. Da nach Ansicht der Bührle-Stiftung sowohl der Sachverhalt als auch die Rechtslage eindeutig geklärt sind, bestehe kein Grund



Von einer bezaubernden Poetik – doch die «Mohnblumen bei Vétheuil» von Claude Monet bleiben ein Zankapfel.

REUTERS

für eine neue Beurteilung; die Einsetzung eines Schiedsgerichts wird abgelehnt. Bei dieser Forderung stützen sich die Nachfahren auf die «Washingtoner Richtlinien zur Raubkunst», die 1998 auch von der Schweiz unterzeichnet wurden. Die Richtlinien sind rechtlich nicht verbindlich, die Beteiligten werden aber aufgefordert, bei Streitigkeiten eine gerechte und faire Lösung anzustreben, allenfalls mit einem Mediations- oder Schiedsverfahren.

Die Bührle-Stiftung stellt sich auf den Standpunkt, die «Washingtoner Richtlinien» kämen erst zur Anwendung, wenn es sich um Raub- oder Fluchtkunst handle. Unter Fluchtkunst versteht man Kunstwerke, die in der Not unter ihrem Wert verkauft werden

mussten, damit die Verkäufer die Flucht vor dem Nazi-Regime finanzieren konnten. Auf Anfrage bestätigt der Historiker Buomberger, er schätze Monets «Mohnblumen bei Vétheuil» nicht als Fluchtkunst ein. Vielmehr macht er für die Restitutionsforderung der Nachfahren moralische Gründe aufgrund der damaligen politischen Umstände geltend: «Wäre nicht das Nazi-Regime gewesen, das Max Emden weitgehend enteignet hatte, hätte Hans Erich Emden die vom Vater geerbte Kunstsammlung wohl nicht verkauft.» Im Weiteren wird im Bericht der Vorwurf erhoben, der 1941 für das Gemälde bezahlte Kaufpreis von 30 000 Franken (Zwischenhändler) beziehungsweise 35 000 Franken (Bührle) sei «unangemessen nied-

rig» gewesen. Zum einen habe Max Emden das Werk 1929 für 60 000 Goldmark erworben, was damals mehr als 70 000 Franken entsprochen habe. Zum andern ergebe ein Quervergleich mit einem Dutzend anderen Verkaufsabschlüssen für Monet-Werke aus jener Zeit einen Durchschnittspreis von knapp 48 000 Franken.

### Kunsthau-Abstimmung

«Mohnblumen bei Vétheuil» soll als Teil der Bührle-Sammlung im erweiterten Kunsthaus ausgestellt werden, über dessen Finanzierung am 25. November abgestimmt wird. Die Emden-Nachfahren sind deshalb auch bei der Stadt Zürich vorstellig geworden.

## Salamitaktik oder Ei des Kolumbus?

Zum Abschluss des Abstimmungskampfs über Kindergarten und Grundstufe treten Grundsatzfragen in den Vordergrund

Aussagen zum Ausgang der Abstimmung über die Grundstufe und den Kindergarten wagt kaum jemand. Zu viel Taktik ist im Spiel, zu unübersichtlich sind die Positionen. Am Wochenende wird um die letzten Stimmen geworben und gekämpft.

Wbt. · Eine Woche nach dem Räbeliechli-Umzug der Gegner der Grundstufe um den Kinderarzt Hannes Geiges aus Rüti, den früheren Bildungsrat und EVP-Politiker Hanspeter Amstutz aus Fehraltorf und die Weisslinger Kindergärtnerin Gabi Fink machen auch die

band der Kindergärtnerinnen dazu eingeladen. Der doch noch stattfindende Abstimmungskampf äussert sich auch in einer Vielzahl von sich ähnelnden Leserbriefen, die sich in den Redaktionen stapeln. Sie sind Indiz einer Mobilisierung, bei der um jede Stimme gekämpft wird. Weil die Ausgangslage für die Abstimmung vom 25. November komplex ist, sind Aussagen über ihren Ausgang kaum möglich.

### Taktische Varianten

Abgestimmt wird zwar nur über zwei Varianten, die flächendeckende Einführung der Grundstufe (Umsetzung der «Prima-Initiative») und die Einführung von Kindergarten und Grundstufe nach Wahl der Gemeinde (Gegenvorschlag des Kantonsrats und der Regierung). Das eröffnet aber zahlreiche Möglichkeiten für Abstimmungsempfehlungen, die auch taktische Natur sein können. Die flächendeckende Einführung wird von all jenen empfohlen, die der Meinung sind, die Vorteile der Grundstufe überwiegen deren finanzielle Nachteile. Längst nicht alle von ihnen stimmen aber auch für die «Kompromisslösung» der Wahlfreiheit. Viele wollen keinen

Flickenteppich von Schulstrukturen wie auf der Oberstufe oder haben Bedenken wegen der Ungleichbehandlung von Lehrpersonen in Kindergärten und Grundstufen. Umgekehrt gibt es Kräfte, die den Gegenvorschlag als «Ei des Kolumbus» unterstützen, nicht aber die flächendeckende Variante, weil sie niemandem etwas Bewährtes wegnehmen wollen und davon ausgehen, dass nur jenes Modell mit Engagement gelebt werden kann, das auch ausdrücklich gewünscht wird.

Die Gegner beider Vorlagen bezeichnen in dieser Situation ausgerechnet den an sich breit abgestützten Gegenvorschlag als die schlechteste Lösung. Es handle sich dabei um Salamitaktik, mit der das gleiche Ziel wie mit der flächendeckenden Einführung der Grundstufe verfolgt und früher oder später auch erreicht werde, weil die Grundstufe mehr Mittel erhalte. Es zeugt nicht von sehr viel Vertrauen in die Qualitäten des Kindergartens, wenn man von seinem baldigen Verschwinden angesichts der Konkurrenz der Grundstufe ausgeht, zumal gleichzeitig gesagt wird, der Kindergarten erbringe die gleiche Leistung wie die Grundstufe, aber viel billiger.

Nachdem das Komitee «Grundstufe 2x Nein» bereits früher vor die Presse getreten ist, hat sich in dieser Situation am letzten Dienstag auch eine Allianz von FDP, CVP, Schulgemeinden und Lehrerverband für die Wahlfreiheit den Medien gestellt, um auf die Vorzüge des Gegenvorschlags hinzuweisen. Betont wurde das auf dieser Stufe problemlose Nebeneinander zweier Modelle und die durch die abschliessend der Schulpflege zukommende Wahlmöglichkeit gestärkte Gemeindeautonomie.

### Ein Umbau der Volksschule

Gegen beide Vorlagen rücken Gegner der Grundstufe in der Endphase des Abstimmungskampfs ein grundsätzliches Argument in den Vordergrund: Die Grundstufe sei eine Strukturreform in Raten, die für eine dauernde Unruhe in der von Neuerungen geplagten Volksschule Sorge. Als halb fertige Reform ohne gleichwertigen Anschluss nach oben soll sie zum Hebel eines Umbaus der ganzen Volksschule werden. Hat man nicht längst gemerkt, dass zu viele Reformen schwer verdaulich sind, Stillstand aber zur Erstarrung führt?

Meinung & Debatte, Seite 24

### HERAUSGEGRIFFEN

## Die SVP knöpft sich die Uni vor

Andreas Schürer · Die SVP macht ihre Drohung wahr – sie sitzt der Universität Zürich im Nacken: Christoph Mörgeli bewirbt sich für das Amt als Rektor der Hochschule (NZZ 16. 11. 12). Im «Jagdzimmer» des Stadtzürcher Restaurants Au Premier hat Mörgeli am Freitag vor versammelter Medienschar die Plattform seiner Bewerbung genutzt, um vermeintliche Fehlentwicklungen an der Universität anzuprangern. Kurz nach der Entlassung Mörgelis als Leiter des medizinhistorischen Instituts Ende September hatte bereits sein SVP-Nationalratskollege Christoph Blocher angekündigt, die Universitäten ins Visier zu nehmen. Die Alt-68er hätten sich breitgemacht und liessen keine anderen Meinungen zu. Mörgeli selber hatte von einem missionarischen Eifer gesprochen, mit dem die Universitäten «eine Säuberung von den letzten SVP-Exponenten» anstrebten.

Trotz dem heftigen Hickhack: Die Aufregung flachte ab. Dass sich nun aber über die Affäre Mörgeli ja keine Staubschichten legen – das soll ein grotesker und geschickt lancierter, jedoch auch hilflos anmutender Schildbürgerstreich sicherstellen: Der angeblich gemobbte Titularprofessor will den Augiasstall, den die Universität nach SVP-Lesart darstellt, von der Spitze her ausmisten. Parallel zu seiner Bewerbung beantragt Mörgeli zudem, dass seine Gegnerinnen im Universitätsrat, Bildungsdirektorin Regine Aepli (sp.) und CVP-Nationalrätin Kathy Riklin, wegen Vorverurteilungen für das gesamte Rektoren-Wahlverfahren in den Ausstand treten.

Anders als bei gewissen Zürcher SVP-Mitgliedern unterer Chargen dominierte Mörgelis Auftritt nicht dumpe Wut, sondern Kalkül, kombiniert mit einer Portion Witz. So strich er als Zückerchen einer allfälligen Wahl zum Universitätsrektor heraus, dass ihn dies zum Rücktritt aus dem Nationalrat zwänge. Seine Bewerbung habe er unüblicherweise öffentlich gemacht, um den Indiskretionen zuvorzukommen, die an der Universität gängig seien.

Weniger Heiterkeit als diese Sprüche und die chancenlose Bewerbung dürften die universitätspolitischen Forderungen auslösen. Die Mörgeli prominent placieren konnte. Neben der Universitätsspitze, die einen Reputationsverlust der Hochschule zu verantworten habe, traf die Schelte auch die Deutschen: Es gelte, auf «wirkliche Exzellenz» zu setzen – und nicht so stark auf Deutsche, die, aus für Mörgeli nicht nachvollziehbaren Gründen, 40 Prozent der Professoren stellten. Persönlich gefärbt sein dürfte der zweitletzte Punkt in Mörgelis Forderungskatalog. Er verlangt, dass die Museen der Universitätsleitung unterstellt werden. Heute stünden die Institutsdirektoren in der Verantwortung, «die mehr oder weniger Interesse beziehungsweise Kenntnisse von musealen Möglichkeiten haben».

ANZEIGE

**Ja zu unserem Kunsthaus.**  
Komitee Ja zu unserem Kunsthaus  
www.kunsthaus-ja.ch, Münsterstrasse 9, 8001 Zürich



## Bewegte Zürcher Volksschule

Reformen und Versuche stehen am Anfang, nicht am Ende der Schulentwicklung. Von Walter Bernet

Zu lange stand die Zürcher Volksschule still. Erst das Wirken des umtriebigen Erziehungsdirektors Ernst Buschor hat sie aus dem Busch geklopft und mit den Herausforderungen einer neuen Zeit konfrontiert: vielfältigere Ansprüche von Eltern und Wirtschaft, Fremd- und Mehrsprachigkeit der Schüler, wachsende Abstände zwischen geförderten und mehr oder weniger sich selbst überlassenen Kindern, stetig steigender Betreuungsbedarf. Die wohl wichtigste pädagogische Konsequenz war die intensive Beschäftigung mit der Frage, wie mit der grossen Heterogenität der Kinder umzugehen sei. Die daraus gezogenen Schlüsse hiessen Individualisierung des Unterrichts und möglichst frühe Förderung. Sie gelten heute noch, und die Diskussion über das Wie der Umsetzung hält an. Wohlgermerkt: das Wie der Umsetzung, nicht die Infragestellung der Schlüsse.

### Mehr erreichen

Am Ende der Amtszeit Buschors stand das Scheitern des Volksschulgesetzes mit seinem Paket von Reformen. Den Ausschlag gab die darin anstelle des damals noch kommunalen Kindergartens vorgesehene Grundstufe. Kaum jemand kannte sie, die Fachleute aber rühmten sie als Zaubermittel für einen dem einzelnen Kind gerechter werdenden Einstieg in die Schulkarriere. Jetzt, ein Jahrzehnt später, sind die Reformen mit Ach und Krach umgesetzt, der kantonalisierte Kindergarten weiterentwickelt und die Grundstufe gründlich erprobt. Beide, Kindergarten und Grundstufe, haben bekanntlich in den Evaluationen gut abgeschnitten.

Wenn die Evaluation eines gezeigt hat, dann dies: Mit individueller, gezielter Förderung und Teamteaching wie in der Grundstufe könnte die Schule generell mehr erreichen, als sie es heute tut. Nicht nur die Überforderung, auch die Unterforderung ist eine Schwachstelle, an der gearbeitet werden muss. Will man daraus Konsequenzen ziehen, stellt sich die Kostenfrage. Was kriege ich in der Endabrechnung für wie viel Geld? Sie ist berechtigt, aber die Bilanz ist nicht ganz einfach zu ziehen. Immerhin ist von Schulpräsidenten oder vom Zürcher Lehrer-Dachverband immer wieder zu hören, dass die heutigen personellen Ressourcen ausreichen würden, um Teamteaching nicht nur am Anfang der Schulzeit zu ermöglichen.

### So viel Autonomie wie möglich

Es gibt aber auch Kreise, welche das im letzten Jahrzehnt Erreichte am liebsten ungeschehen machen würden. Das zeigte sich Anfang Woche im Kantonsrat wieder, als es um die Abschaffung der für Entwicklung und Qualitätssicherung in den einzelnen Schulen nützlichen Schulprogramme ging. Nur SVP und EDU liessen sich dafür gewinnen. Es mag sich um ein Einzelproblem handeln, aber es verweist auf etwas Grundsätzliches: Antrieb der ganzen Reformen der letzten Jahre war die Vorstellung, den Schulen so viel Autonomie zu geben, dass sie ein eigenständiges, den Verhältnissen in ihrem Ort oder Quartier angemessenes pädagogisches Profil entwickeln und dieses neuen Bedürfnissen laufend anpassen können. Schulleitungen, ein mitverantwortliches Kollegium, mit Mitsprachemöglichkeiten ausgestattete Schüler und Eltern sollten in einem gegebenen Rahmen ihre Schule gestalten können.

Soll sich die so verstandene Schule selbst verbessern, braucht sie Freiräume, etwa das Recht, zwischen Grundstufe und Kindergarten zu wählen. Das Gleiche gilt für die konkrete Ausgestaltung der anschliessenden Klassen. Versuche mit wenigen Lehrkräften, die im Team arbeiten und auch Aufgaben von Spezialisten übernehmen, wären willkommen. Vielen Gegnern der Grundstufe geht es darum, solchen möglichen Veränderungen frühzeitig einen Riegel zu schieben. Das wäre verheerend. Unsere Schulen brauchen eine möglichst offene Zukunft. Ohne Bewegungsfreiheit resultiert Stillstand.



PETER GUT

### KÖRBCHENGROSSEN

## ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

### «Protestaktionen von Tibetern»

Der Dalai Lama soll die Selbstverbrennungen inszenieren (NZZ 12. 11. 12)! Den Chinesen und ihren Freunden, zu denen auch diverse Journalisten, welche ihren Job in China nicht verlieren möchten, gehören, fällt nun wirklich nicht mehr viel ein. Tibet wird von China unterdrückt, und die Welt schaut zu, weil es niemand mit dem Geld der Chinesen verderben will, und die Chinesen beschuldigen den Dalai Lama.

Es ist eine Schande, dass die ganze Welt zuschaut, wie die grossartige buddhistische Kultur vernichtet wird, und dabei könnten wir gerade diese Kultur in unserer heutigen Welt sehr gut gebrauchen.

Jürgen Kipfer, Uster

### Palästina als Beobachterstaat

Am 29. November 1947 hatte die Uno-Generalversammlung beschlossen, das britische Mandatsgebiet in einen Staat für die Juden und einen Staat für die Palästinenser aufzuteilen. Abgesehen davon, dass in der Charta der Uno kein Hinweis auf die Kompetenz zu finden ist, Staaten zu gründen, handelte es sich bei der ominösen Teilungsresolution 181 – wie vonseiten Israels bei der Unzahl späterer Resolutionen der Generalversammlung immer wieder betont wird – um eine unverbindliche Empfehlung.

Verbindlich sind hingegen die Artikel der Uno-Charta. So betont Art. 1 «die Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker». Dies allein schon hätte danach verlangt, den Teilungsplan der in Palästina lebenden Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen. Dass dies nicht erfolgte, liegt auf der Hand.

Palästina 65 Jahre später als minimale Korrektur des damaligen Beschlusses den Status als staatlichen Beobachter in der Uno zuzugestehen, ist nicht mehr als ein kleines Zeichen in Richtung auf eine friedliche Lösung dieses inzwischen mehr als 100 Jahre alten Konflikts.

Die Uno-Generalversammlung wird dies am 29. November voraussichtlich

mit grosser Mehrheit beschliessen – hoffentlich mit der Stimme der Schweiz.

Ruedi Knutti, Zürich

### Für Katholiken entscheidend

In einem mutigen Hirtenbrief hat der Bischof von Chur «oft missachtete kirchliche Normen in Erinnerung gerufen», wie Christoph Wehrli bestätigt (NZZ 13. 11. 12). In der katholischen Kirche ist es die herausragende Pflicht des Bischofs, in seinem Bistum um eine einheitliche Liturgie und das Einhalten sakramentaler Gebote besorgt zu sein. Angesichts der heute vielerorts zu beobachtenden Beliebigkeit der Gottesdienstgestaltung warten die irritierten Gläubigen ungeduldig auf eindeutige Zeichen. Und es ist nicht, wie der Autor vermutet, ein kleiner Teil, sondern es ist die leider schweigende Mehrheit.

Neben den völlig unverständlichen und dann noch gesucht provokativ antikatolischen Argumenten, die der Autor gegen die Bistumsführung von Bischof Vitus Huonder ins Feld führt, ist besonders erschütternd die Bemerkung, dass jemand, der «die Realpräsenz Christi in der Kommunion nicht naiv akzeptieren kann», sich ausgeschlossen sehen müsse. Was ist da Neues dran? Ein gebildeter Journalist der NZZ, der über kirchliche Angelegenheiten glaubt kompetent schreiben zu können, sollte wissen, dass für den Katholiken die Realpräsenz Christi in der heiligen Kommunion einer der entscheidenden Glaubensgrundsätze (Sakrament) ist. Daran zu glauben, ist keinesfalls leicht, es ist auch nicht «naiv», sondern es ist eine Gnade.

Diese wohl unlösbare Differenz, die uns noch von den evangelischen und reformierten Schwestern und Brüdern unterscheidet, ist schmerzhaft, aber wir Katholiken können darauf nicht verzichten. Uns deshalb als «naiv» bezeichnen zu lassen, ist sehr traurig und lässt neben Unkenntnis der Gegebenheiten jeglichen Respekt und jede Toleranz vermissen. Die vom Autor angeführte Spirale von Schweigen und Resignation wird mit Sicherheit durchbrochen, aber in eine ganz andere Richtung, als er es versteht.

Wolfgang Arnold, Kastanienbaum

### Markige Auftritte lösen keine Probleme

Die Protagonisten der solaren Energiewende versuchen immer wieder, wie an der Podiumsveranstaltung in Zürich vom Montag, mit markigen und vielfach überheblichen Auftritten zu übertönen, dass es keine überzeugenden Fakten für den Erfolg der solaren Energiewende gibt, aber viele dagegen (NZZ 13. 11. 12). Alles dominierend ist dabei die unbestreitbare Tatsache, dass Solarenergie vor allem im Sommer anfällt und sich nicht in genügender Menge, nicht mit genügendem Wirkungsgrad und nicht zu vertretbaren Kosten bis in den Winter speichern lässt.

ETH-Professor Leibundgut, der nach eigener Überzeugung angeblich den Nebel bis zum Atomausstieg klar durchschaut, versucht seit Jahren mit einem riesigen Erdwärmespeicher für das ETH-Campus-Projekt das Gegenteil zu beweisen. Er wird nur beweisen können, dass dies enorm teuer, absolut unwirtschaftlich und im besten Fall nur für sehr spezielle Grossprojekte mit Kühlbedarf geeignet ist. Also nicht das, was die Schweiz für eine erfolgreiche Energiewende wirklich brauchte.

Werner Grunder, Mönchaltorf

### Doping zulassen und medizinisch begleiten

Der Artikel über Doping (10. 11. 12) bestätigt lediglich, was jedem, der nicht in einem selbstverschuldeten Zustand galoppierender Naivität verharren will, schon immer klar war: Es gibt verschiedene Sportarten, in denen auf Spitzensportniveau ohne Doping kein Blumentopf zu gewinnen ist. Wenn ein Tour-de-France-Sieger oder ein 100-m-Weltrekordler sagt: «Ich habe nie gedopt!», ist das ein sprachlicher Code, den es zu übersetzen gilt in: «Mir konnte Doping nie nachgewiesen werden!», und solange der Nachweis des Missbrauchs nicht erbracht ist, ist ein Sportler in seinem Selbstverständnis sauber. Aus dieser Sicht lügen gedopte Spitzensportler nicht, wenn sie den Gebrauch verbotener Substanzen bestreiten, sondern werden lediglich falsch verstanden. Letztlich

ist das eine Win-win-Situation, von der alle nur profitieren: der gedopte Spitzensportler vom sportlichen Erfolg, die Medien von einem Thema, das immer wieder Schlagzeilen generiert, und das Publikum davon, dass es noch eine schöne Illusion gibt, die Bestand hat: diejenige des Ausnahmeathleten, dessen Siege und Rekorde einzig und allein auf harter Arbeit und überdurchschnittlichem Talent basieren.

Die einzig realistische Lösung des Dopingproblems bestünde darin, Doping endlich zuzulassen und medizinisch seriös zu begleiten, um das gesundheitliche Risiko der Anwendung zu minimieren. Dass der Verzicht auf Illusionen und Heuchelei positive Auswirkungen haben kann, hat die kontrollierte Heroinabgabe in der Schweiz hinlänglich bewiesen, und da Doping- und Drogenmiss-

brauch Parallelen aufweisen, wäre ein vergleichbarer Lösungsansatz durchaus naheliegend.

Martin Spinnler, Zürich

### AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe  
NZZ-Postfach  
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29  
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch